

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Rauscher, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 10, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum: 1 M.
Bergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg.
Versammlungsanzeigen 30 Pfg.

Fürsorge für die Kriegsverletzten.

Schon wenige Monate nach dem Beginn des Krieges begann sich das Interesse weiterer Kreise der Fürsorge für die Kriegsverletzten zuzuwenden. Es machten sich Bestrebungen geltend, die dahin zielten, die den Verletzten verbliebene Arbeitskraft möglichst voll wieder nutzbar zu machen. Einmal um der Volkswirtschaft die Werte zu erhalten, die verlorengehen würden, wenn man die noch teilweise erwerbsfähigen Kriegsinvaliden von der Erwerbsbetätigung ausschließen würde. Vor allem aber sollte durch die Fürsorge den Opfern des Krieges eine wertvolle Hilfe geleistet werden. Das Bewußtsein, daß der nicht mehr im Vollbesitz seiner gesunden Glieder befindliche Mann durchaus noch nicht ein hilfloser Krüppel ist, der sich und der Gesellschaft zur Last fällt, sondern daß er in den Stand gesetzt werden kann, nützliche Arbeit zu leisten und sein Brot zu verdienen, ist ein wertvoller Heilfaktor. Man durfte es aber nicht bei dem Versprechen lassen; auch die Vorführung von Beispielen, aus denen ersichtlich ist, daß einzelne willensstarke Männer trotz des Verlustes wichtiger Gliedmaßen noch Hervorragendes leisten, genügt nicht. Es mußte tatkräftig ans Werk gegangen werden.

Die erste Aufgabe fiel dem Orthopäden zu. Der Anstoß zu der Bewegung ging von der feitherigen Krüppelfürsorge aus, die es bisher als ihre Hauptaufgabe betrachtet hatte, verkrüppelte Kinder zu leistungsfähigen Menschen zu erziehen. Die Krüppelfürsorge stellte ihre reichen Erfahrungen der Fürsorge für die Kriegsverletzten zur Verfügung. Die Kunst, brauchbare Ersatzglieder und Arbeitsbehelfe herzustellen, machte große Fortschritte. Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten konnte beim Beginn ihrer Tätigkeit als leitendes Ziel den Grundgedanken aufstellen, daß das beschämende Bild des Kriegsinvaliden Leierkastemanns und Hausierers in Deutschland nicht wieder zu sehen sein soll.

Mit der Versorgung der Beschädigten mit Ersatzgliedern und deren Beseitigung ist aber erst ein Teil der Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge erfüllt. Ebenso wichtig, aber weit schwieriger durchzuführen ist der andere Teil, nämlich dem Verletzten auch einen Platz im Erwerbsleben zu verschaffen, auf dem er seine Arbeitskraft ausnützen kann. Zu diesem Zweck wurde eine weitverzweigte Organisation geschaffen. Den Lazaretten wurden vielfach Werkstätten angegliedert, in welchen sich die Amputierten an den Gebrauch der Ersatzglieder gewöhnen konnten. Es wurden Einrichtungen geschaffen, um den Verletzten, die für ihren feitherigen Beruf unbrauchbar geworden waren, die Erlernung eines anderen Berufs zu ermöglichen. Das ganze Reich bedeckte sich mit einem Netz von Berufsberatern, die die Verletzten mit ihrem Rat unterstützten. Die Gewerkschaften brachten der Kriegsverletztenfürsorge reges Interesse entgegen, handelte es sich doch zum größten Teil um ihre Klassenangehörigen; die zur Opferung des Krieges geworden waren. Auch die Unternehmerorganisationen wetteiferten in der Fassung von Beschlüssen, in welchen sie den Kriegsverletzten jede Förderung versprachen.

In der Theorie wäre nun alles auf das Beste geregelt. In der Praxis nehmen die Dinge allerdings ein anderes Gesicht an. Es wäre interessant, einen zusammenfassenden Bericht über die Tätigkeit und die Erfolge der Berufsberatung und Stellenvermittlung zu erlangen. Es wird darin wohl über manche Erfolge berichtet werden, daß die Arbeit im ganzen erfolgreich war, wird jedoch schwerlich behauptet werden können. Ihr stellten sich Hindernisse mannigfacher Art entgegen. Dazu gehört nicht an letzter Stelle das nur zu rasch erkalte Interesse der Unternehmer. Ihre Bereitwilligkeit, Kriegsbeschädigte einzustellen, ist nach und nach geringer geworden; die erste Begeisterung für die gute Sache ist sehr bald einer nüchternen Auffassung gewichen. Diese Feststellung hat kürzlich die Zeitschrift „Der Arbeitsnachweis in Deutschland“ gemacht, und sie hat damit nur eine Tatsache ausgesprochen, die jedem bekannt ist, der diesen Dingen nähersteht.

Um die Sache der Kriegsbeschädigten steht es, trotz der vielerprechenden Ansätze für eine Fürsorge, durchaus nicht gut. Es werden deshalb immer noch neue Vorschläge für eine Verbesserung der Einrichtungen auf diesem Gebiet gemacht. Eine Anregung, die immerhin Beachtung verdient, gibt Sanitätsrat Dr. Schanz (Dresden) in der Zeitschrift „Heimatkund“. Von seinem Aufsatz „Die Zukunft unserer Kriegsverletzten Arbeiter“ hat er auch einen Sonderabdruck herausgegeben. Schanz geht von der Stellung des unfallsverletzten Arbeiters aus und sagt ganz richtig, daß bei der Wiederkehr normaler Verhältnisse im Wirtschaftsleben die Lage des Kriegsverletzten sich ähnlich gestalten wird. Verletzte, deren Erwerbsfähigkeit durch die Art der Verletzung nur wenig beeinträchtigt wurde, finden nach erfolgter Heilung verhältnismäßig leicht ein Fortkommen. Keiner ist dagegen der Verletzte, der durch die Art des erlittenen Schadens verhindert ist, die feither verrichtete Arbeit wieder auszuüben. Der Unternehmer muß darauf leben, daß jeder Arbeitsplan voll ausgenutzt wird, deshalb werden unter normalen wirtschaftlichen Bedingungen nur Arbeiter beschäftigt werden können, die eine volle Produk-

tion erreichen. Mit der Wiederkehr des Friedens und dem Schwinden des jetzt herrschenden Arbeitermangels wird sich die wirtschaftliche Lage der Masse der Kriegsverletzten bedeutend verschlechtern.

Als das wichtigste Problem der Kriegsbeschädigtenfürsorge erachtet es Schanz, alle kriegsverletzten Arbeiter auf solchen Plätzen unterzubringen, wo sie trotz des Schadens, den sie durch die Kriegsverletzung in ihrer allgemeinen Arbeitsfähigkeit erlitten haben, ebensoviel leisten können wie ein Unbeschädigter. Das Problem wäre so richtig gestellt, aber die Möglichkeit seiner Lösung beurteilt Schanz gar zu optimistisch. Er glaubt, daß es auch für Schwerbeschädigte viele solcher Arbeitsplätze gibt, und er richtet seine Aufmerksamkeit darauf, diese Plätze ausfindig zu machen und sie mit den richtigen Leuten zu besetzen. Die heutige Berufsberatung und Stellenvermittlung genügt nicht, weil sie auf zu enger Grundlage aufbaut ist. Er denkt an die Berufsgenossenschaften und die sonstigen Träger der Unfallversicherung, die unter Mitwirkung der Gewerkschaften zu arbeiten hätten. Diesen Organen würde es obliegen, die Verletzten unterzubringen, die in ihrem Fach noch ein Fortkommen finden können. Für diejenigen, bei denen diese Möglichkeit nicht besteht, würde eine Regierungsstelle einzutreten haben. Schanz nennt diese Stelle das „Invalidentamt“, ohne damit sagen zu wollen, daß ein neues selbständiges Amt geschaffen werden sollte.

In den einzelnen Bundesstaaten und Provinzen wären solche Invalidentämter zu schaffen, zu deren Aufgaben es gehört, Arbeitsplätze für Kriegsbeschädigte ausfindig zu machen und sie mit geeigneten Bewerbern zu besetzen. Sie bedienen sich hierbei der Berufsgenossenschaften und der übrigen Träger der Unfallversicherung und der Organe der Gewerbeaufsicht. Diese Organe können in den ihnen unterstehenden Betrieben geeignete Plätze ausfindig machen. Sie hätten dafür zu sorgen, daß diese Plätze den Kriegsverletzten offengehalten werden. Eine Aufgabe des Invalidentamtes wäre die Umschulung Kriegsverletzter, um sie für einen anderen als den früher ausgeübten Beruf verwendbar zu machen. Es werden dann noch Leute übrigbleiben, denen nach der Art der Beschädigung die Rückkehr in einen normalen Betrieb nicht möglich ist, und solche, denen ein Ortswechsel zwecks Arbeitsaufnahme nicht zugemutet werden kann. Bei letzteren denkt Schanz an kleine Landbesitzer, die früher daneben in der Fabrik arbeiteten. Diese sollen beschäftigt werden, ihren Landbesitz intensiver auszunutzen, auch soll ihnen durch Förderung der Hausindustrie geholfen werden. Bleiben noch solche Verletzte, die nicht regelmäßig arbeiten können, und die es keinen vollen Tag am Arbeitsplatz aushalten können. Dem privaten Unternehmer kann die Beschäftigung solcher Arbeitskräfte nicht zugemutet werden. Für sie wären aus öffentlichen Mitteln Betriebe einzurichten und zu unterhalten.

Das ist in kurzen Zügen das Schanzsche Projekt, das sein Verfasser sorgsam durchdacht hat. Seine Durchführung dürfte sich aber schwerer erweisen, als er es sich vorstellt. Schanz beurteilt die Möglichkeit, Verletzte in Betrieben unterzubringen, wo sie die frühere Leistungsfähigkeit voll oder auch nur annähernd wieder entwickeln können, unseres Erachtens viel zu optimistisch. Er legt der Literatur, in welcher geschildert wird, welche Fertigkeiten Verstümmelte durch starken Willen und fleißiges Ueben erlangen können, eine viel zu große Bedeutung bei. Selbst wenn all die geschilderten Einzelfälle wehrheitsgemäß dargestellt sind, so handelt es sich doch in der Regel um Ausnahmefälle, mit denen paradiert wird. Es ist auch ein großer Unterschied zwischen dem, der verkrüppelt zur Welt gekommen ist oder der in früherer Jugend ein Glied verloren hat, und dem Kriegsinvaliden, der seine Verstümmelung erst in reiferem Alter erlitten hat, und dem es natürlich viel schwerer fällt, sich an den Verlust zu gewöhnen.

Den jetzt schon stark schwindenden guten Willen der Unternehmer, Kriegsbeschädigte zu beschäftigen, haben wir bereits erwähnt. Wie soll das erst werden, wenn der Arbeitermangel, der jetzt immerhin noch als Druckmittel wirkt, nach dem Kriege verschwindet. Wenn nicht durch gesetzgeberische Maßnahmen oder sonst in geeigneter Weise ein entsprechender Druck auf die Unternehmer ausgeübt wird, dann dürften selbst von den Kriegsbeschädigten, deren Erwerbsfähigkeit nur in geringerem Maße gelitten hat, viele auf der Straße bleiben, ganz zu schweigen von den Schwerbeschädigten.

Der Vorschlag, die Organe der Berufsgenossenschaften mit dem Auftrag zu betrauen, Arbeitsplätze für Kriegsbeschädigte ausfindig zu machen und zu besetzen, wird einer strengeren Prüfung nicht standhalten können. Die Berufsgenossenschaften sind Organisationen, die ihre Hauptaufgabe darin erblicken, die Belastung der Unternehmer durch die Unfallfürsorge möglichst niedrig zu halten. Sie entwickeln deshalb einen großen Eifer, die Kosten der Unfallverletzten herabzubringen. Diese Tätigkeit läßt den Gedanken, die Berufsgenossenschaften in zu enge Beziehungen zu den Kriegsbeschädigten zu bringen, nicht gerade sympathisch erscheinen. Die Organe der Betriebe ist ein wichtiges Aufgabengebiet der Berufsgenossenschaften, dem aber viel zu wenig Aufmerksamkeit zugewendet wird. Das Aufsichtspersonal der Be-

rufsgenossenschaften müßte erheblich verstärkt werden, um die Betriebe in bezug auf Unfallsicherheit zu kontrollieren; erst wenn das geschehen ist, könnte daran gedacht werden, den Aufsichtsbeamten weitere Aufgaben zuzuweisen.

Der Plan, den Dr. Schanz entwickelt, wird sich so, wie er es sich vorstellt, nicht durchführen lassen; die zu bewältigende Aufgabe ist auch viel schwerer, als ihm vorschwebt. Trotzdem begrüßen wir seine Anregungen im Interesse der Kriegsbeschädigten. Wir möchten wünschen, daß sie dazu beitragen, die Diskussion der Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge wieder lebhafter in Fluß zu bringen. Beachtung verdient das von Schanz vorgeschlagene „Invalidentamt“, also eine Regierungsstelle, der die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten als besondere Aufgabe zugewiesen wird. Die lange Kriegsdauer hat die Zahl der Kriegsbeschädigten gewaltig gesteigert. Die Entschädigungsansprüche der Invaliden sind sehr bescheiden, dieser Teil der gesetzlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge bedarf dringend einer gründlichen Revision. Aber mit der Erhöhung der Pensionshöhe darf die Angelegenheit nicht erledigt sein. Nicht nur im Interesse der Kriegsbeschädigten liegt es, sondern es sprechen auch gewichtige Gründe wirtschaftlicher Natur dafür, die den Verletzten geliebene Arbeitskraft nutzbar zu machen. Man kann jetzt schon sagen, daß die private und halbamtliche Fürsorge dafür nicht ausreicht. Die Materie wird notwendig der gesetzlichen Regelung zugeführt werden müssen. Das ist eine Aufgabe, die keinen langen Aufschub verträgt.

Die Einkommensteuerverteilung in Preußen.

Aus der preussischen Einkommensteuerstatistik ist eine fortschreitende Steigerung der Einkommen festzustellen. Von der Gesamtbevölkerung, wobei also nicht nur die Steuerzahler, sondern auch deren Angehörige mitgezählt sind, entfielen im Jahre 1896 noch mehr als zwei Drittel, nämlich 21 096 453 oder 67,2 Prozent der Bevölkerung auf die Gruppe mit einem Einkommen bis zu 900 M. 9 144 476 Personen oder 29,2 Prozent gehörten zu der Gruppe mit einem Einkommen von über 900 bis 3000 M. und 1 138 354 Personen oder 3,6 Prozent zu der Gruppe mit einem Einkommen über 3000 M.

Seither hat die Bevölkerungsschicht mit einem Einkommen bis 900 M. eine sehr erhebliche Verminderung erfahren. Immerhin waren im Jahre 1916 noch 15 388 644, das sind 37,5 Prozent der Bevölkerung, in so ungünstigen Vermögensverhältnissen, daß sie von der Einkommensteuer befreit waren. Bekanntlich betrachtet die preussische Gesetzgebung 900 M. als das Existenzminimum, welches von der Einkommensteuer befreit. Bei der fortgesetzten Steigerung der Preise für alle Lebensbedürfnisse ist aber 900 M. als Existenzminimum viel zu niedrig, und es führt zu falschen Schlüssen, wenn man aus der Zahl der mit einem Einkommen unter 900 M. Einschätzten schließen wollte, daß sich die Lebenshaltung der breiten Massen wesentlich gehoben hätte. Der Teuerung der Lebenshaltung sind die Einkommensverhältnisse langsam gefolgt, und nach wie vor, und jetzt unter der Wirkung des Kriegswuchers erst recht, bezieht der größte Teil der Bevölkerung ein Einkommen, das zum Leben nicht ausreicht.

In der Gruppe mit einem Einkommen von 900 bis 3000 Mark wurden im Jahre 1916 22 986 948 Personen oder 56,0 Prozent der Bevölkerung gezählt. Wenn man annimmt, und es ist nicht übertrieben, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen 3000 M. das mindeste sind, was zur Erhaltung einer Familie erforderlich ist, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß 93,5 Prozent der Bevölkerung in beschränkten Einkommensverhältnissen lebt; davon hat der größte Teil ein Einkommen, das zum Leben völlig unzureichend ist. Nur der bescheidene Rest von 2 679 126 Personen oder 6,5 Prozent der Bevölkerung hat ein Einkommen von mehr als 3000 M.

Die durch die Einkommensteuerstatistik ersichtliche ungünstige Lage des überwiegenden Teiles der Bevölkerung tritt noch deutlicher in Erscheinung, wenn man nicht die Gesamtbevölkerung, sondern nur die zur Steuer verpflichteten Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler ohne die Angehörigen in Betracht zieht, die nicht selbständig zur Steuer veranlagt sind. Dann ergibt sich für das Jahr 1896 und die drei letzten Jahre das folgende Bild:

| Jahr | Bis 900 M. | | Über 900 bis 3000 M. | | Über 3000 M. | |
|------|------------|-------------|----------------------|-------------|--------------|-------------|
| | überhaupt | vom Hundert | überhaupt | vom Hundert | überhaupt | vom Hundert |
| 1896 | 8613994 | 75,1 | 2528333 | 22,0 | 331092 | 2,9 |
| 1914 | 7986634 | 49,1 | 7373645 | 45,4 | 888201 | 5,5 |
| 1915 | 7868599 | 49,7 | 716831 | 45,2 | 805571 | 5,1 |
| 1916 | 7847210 | 49,3 | 7225485 | 45,4 | 841928 | 5,3 |

Hiernach waren im Jahre 1896 noch mehr als drei Viertel der zur Einkommensteuer Veranlagten in der Klasse mit einem Einkommen unter 900 M., und im Jahre 1916 war es immer noch nahezu die Hälfte.

Die Gruppe mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark umfaßt sehr verhältnismäßig wenige Einkommen. Die Statistik teilt sie in vier Untergruppen, von denen die niedrigste

mit einem Einkommen von 3000 bis 9500 M. die zahlreichste ist. Bleibt man wieder die Gesamtbevölkerung in Betracht, also den Steuerzahler nebst seinen Angehörigen, dann ergibt sich für 1916 folgende Gliederung: 2 234 500 zur Steuer veranlagte Personen mit ihren Angehörigen, das sind 54,4 vom Tausend der Bevölkerung, hatte ein Einkommen von 3000 bis 9500 M.; 843 702 oder 8,4 vom Tausend der Bevölkerung hatten über 9500 bis 30 500 M. Einkommen; 81 001 oder 1,97 vom Tausend hatten über 30 500 bis 100 000 M. Einkommen, und schließlich gab es 10 824 oder 0,48 vom Tausend mit einem Jahreseinkommen von mehr als 100 000 M.

Seit dem Jahre 1896 ist die Zahl der Personen in allen Gruppen sehr beträchtlich gestiegen. Nehmen wir nur die Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler, also ohne die Familienangehörigen, dann ergibt sich für das Jahr 1896 und die drei letzten Jahre das folgende Bild:

| Im Jahr | Ueber 3000 bis 9500 M. | | Ueber 9500 bis 30500 M. | | Ueber 30500 bis 100000 M. | | Ueber 100000 M. | |
|---------|------------------------|-----------|-------------------------|-----------|---------------------------|-----------|-----------------|-----------|
| | überhaupt | vom Tauf. | überhaupt | vom Tauf. | überhaupt | vom Tauf. | überhaupt | vom Tauf. |
| 1896 | 272819 | 23,8 | 47308 | 4,7 | 9625 | 0,81 | 1699 | 0,16 |
| 1914 | 741559 | 45,6 | 116876 | 7,2 | 24551 | 1,51 | 5215 | 0,32 |
| 1915 | 670207 | 42,3 | 107426 | 6,8 | 22962 | 1,46 | 4976 | 0,31 |
| 1916 | 693798 | 43,6 | 114843 | 7,2 | 26602 | 1,67 | 6685 | 0,42 |

Das Jahr 1914 ist das letzte Friedensjahr; bis dahin war seit 1896 in allen Gruppen eine sehr starke Zunahme der Steuerzahler eingetreten. Die Verminderung der Einkommen, die das Jahr 1915 brachte, war schnell überwunden; die starke Steigerung der hohen und höchsten Einkommen im Jahre 1916 läßt die Wirkung der Kriegsgewinne erkennen, soweit diese durch die Einkommensteuer erfasst wurden.

Besonderes Interesse erregt die Gruppe der reichsten Leute, die im Jahre 1916 6885 physische Personen mit einem Einkommen von mehr als 100 000 M. umfaßte. Die große Mehrzahl von ihnen muß sich mit einem bescheidenen Einkommen von 100 000 bis 500 000 M. begnügen, aber die Zahl der Millionäre wächst. Wenn es der Zweck unserer Wirtschaftsordnung wäre, Millionäre zu züchten, dann zeigt die Steuerstatistik, daß dieser Zweck in sehr vollkommener Weise erreicht wurde. Gliedert man die reichsten Steuerzahler nach ihrem Einkommen in drei Gruppen, dann ergibt sich, wenn man nur die Steuerpflichtigen, also ohne ihre Angehörigen, berücksichtigt, folgendes Bild:

| Im Jahr | Personen mit einem Einkommen von über 100000 bis über 500000 M. | | |
|---------|---|----------------------------|-----------------|
| | über 100000 bis 500000 M. | über 500000 bis 1000000 M. | über 1000000 M. |
| 1896 | 1596 | 78 | 27 |
| 1914 | 4869 | 255 | 91 |
| 1915 | 4630 | 263 | 83 |
| 1916 | 6195 | 356 | 134 |

Im Jahre 1896 gab es in Preußen erst 27 Krösche, die ein jährliches Einkommen von mehr als einer Million bezogen, bis zum Jahre 1914 war deren Zahl schon auf 91 gestiegen. Im ersten Kriegsjahr verminderten sich die Einkommen; bei 7 der reichsten Leute brachte das Jahr 1915 eine Verminderung des Einkommens oder wenigstens der Steuerveranlagung auf weniger als eine Million. Aber die letzten Kriegsgewinne haben den Verlust sehr schnell ausgeglichen; im Jahre 1916 erfolgte ein starker Aufstieg in die höheren Steuerklassen. Aber nicht nur die Zahl der allerreichsten Leute hat sich vermehrt, auch deren Einkommen ist gewaltig gestiegen. Im Jahre 1896 hat der reichste Steuerzahler in Preußen ein Einkommen von rund 7 1/2 Millionen Mark verzeichnet, im Jahre 1916 betrug das höchste Einkommen einer physischen Person rund 29 1/2 Millionen Mark.

Die Hälfte aller veranlagten Personen hat ein Einkommen von weniger als 900 M., ist also zum chronischen Hunger verurteilt, rund 15 Millionen Steuerpflichtige (97,7 Prozent der Gesamttheit) bleiben mit ihrem Jahreseinkommen unter 3000 M. Dagegen haben 134 Personen ein Jahreseinkommen von je mehr als einer Million, und ein einzelner hat sogar ein Einkommen von 29 1/2 Millionen. So will es die göttliche Weltordnung!

Soziales.

Ein Notzettel der Unternehmer.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht eine Eingabe, welche die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände am 2. Juni 1917 an den Generaloberen gerichtet hat. Diese Eingabe war nicht zur Veröffentlichung bestimmt, um so nützlicher ist es, daß ihr Inhalt nun auch zur Kenntnis der Arbeiter gelangt.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, für die der Landrat Köster zeichnet, läßt sich durch die Wirkung des Hilfbedarfsrechtes unangenehm berührt. Es empfindet der Arbeitgeber, Lohnforderungen zu stellen, denen die Unternehmer nur mit großem Widerstreben entgegenkommen. Die Arbeiter wünschen nicht mehr so stark die Arbeitsstellen, um eine Lohnsteigerung zu erzielen, sondern erheben kollektive Forderungen, wobei sie sich der Arbeitervereinschritte und der Schlichtungsstellen des Hilfbedarfsrechtes bedienen. Die Unternehmer sind dagegen machtlos, zumal die Schlichtungsausschüsse Reizung zeigen, auch weitgehende Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. So habe der Kriegsausschuss für Groß-Berlin eine weitere Lohnsteigerung genehmigt, obwohl die Arbeiter bereits einen Stundenlohn von 20 Pf. bezogen haben. Dabei müßte Herr Köster, sei es ironisierend, nur die Stundenlöhne in Betracht zu ziehen. Durch Heberhänden, außerordentliche Zuschüsse, willige Abgabe von Lebensmittel oder Spernung in Fabrikanlagen gewähren die Werke ihren Arbeitern eine bei weitem höhere Löhnung, als die es und für sich schon hohen Stundenlöhne besagen.

Die Löhne seien auf eine ungesunde und unabwehrbare Höhe gebracht worden, welche durch die Teuerung nicht mehr zu decken sei. Die Arbeiter werden durch die Löhne in die Irre geführt, und sie haben nicht die Möglichkeit, ihre Lebensmittel zu kaufen, als ihnen durch die Teuerung zugewiesen sind. Die aufgeschwemmten Preise für Lebensmittel, so heißt es in der Ein-

gabe weiter, „für die es nichts zu kaufen gibt, sind nur geeignet, die Arbeiterschaft unzufrieden mit der amtlichen Lebensmittelverteilung zu machen. . . . Daß die ungesunde Höhe der Löhne eine große Gefahr für unsere zukünftige Wirtschaft darstellt und alle Kräfte unserer vaterländischen Produktion mit schwerer Arbeit erfüllt, braucht kaum hervorgehoben zu werden. Kein Unternehmer, insbesondere auch nicht die Riesenmasse der sogenannten Rüstungsindustrie, wird nach dem Aufhören der durch den Krieg selbst veranlaßten Heeresaufträge noch in der Lage sein, annähernd solche Löhne zu zahlen. Die Arbeiter jedoch werden sich der Herabsetzung der gewohnten Löhne zu widersetzen versuchen. Die Industrie, die für ihre Umschaltung zur Friedensarbeit und für den Wettbewerb auf dem Weltmarkt ruhiger und stetiger Verhältnisse bedarf, wird sich infolgedessen in gefährlicher Zeit vor schweren Kämpfen sehen.“

Den staatlichen Betrieben wird der Vorwurf gemacht, daß sie leicht geneigt seien, selbst unberechtigte Forderungen der Arbeiterschaft zu bewilligen. Vom Leiter des Kriegsausschusses wird schließlich verlangt, anordnen zu wollen, daß die Mittelteilungen von Löhnen in der Presse unterbleiben; auch soll er namentlich die staatlichen Betriebe auf die große Gefahr allzu weiten Entgegenkommens gegenüber unberechtigten Lohnforderungen hinweisen.

Diese Eingabe der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ist ein Notzettel der Großbetriebe in der Rüstungsindustrie gegen die hohen Arbeiterlöhne. Diesen Unternehmern, denen die Kriegslieferungen ungezählte Millionen in den Schoß geworfen haben, steht das Jammern über die hohen Löhne der Arbeiter besonders übel an. Dabei darf ruhig zugegeben werden, daß hinsichtlich der Bemessung der Löhne tatsächlich ungesunde Zustände bestehen. Wir sind aber nicht der Meinung, daß die Rüstungsarbeiter zuviel verdienen, sondern daß es noch viele Arbeiter gibt, deren Lohn viel zu niedrig ist. Ganz abgesehen von den weiten Personenzirkeln, die auf feste Bezüge angewiesen sind. Hierzu gehören insbesondere auch die Bezieher von Invaliden- und Unfallrenten, die Familien und die Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer, die keinem Erwerb nachgehen können usw. Bei der Beurteilung der Lohnhöhe ist die Frage ausschlaggebend, was man für den Lohn kaufen kann. Betrachtet man die unheimlich gestiegenen Preise für die Lebensmittel, für Kleider, Wäsche, Schuhzeug usw., dann wird man zusehen müssen, daß die angeblich so hohen Löhne der Rüstungsarbeiter keineswegs zu hoch sind.

Bei einer vernünftigen Preispolitik hätten die Unterschiede in den Löhnen zwischen den verschiedenen Kategorien von Arbeitern unmöglich so groß werden können, wie sie geworden sind. Betrachtet man die amtlich festgesetzten Preise für die verschiedenen Nahrungsmittel, dann gewinnt man den Eindruck, als sollte die breite Masse der Arbeiter, die nicht in der Rüstungsindustrie beschäftigt ist, von dem Genuß ausgeschlossen werden. Da wird immer davon gesprochen, daß die landwirtschaftliche Produktion durch hohe Preise angereizt werden müsse. Stellt der Arbeiter die Arbeit ein, um höhere Löhne zu erzielen, dann ist man mit dem Vorwurf des Landesrats und mit ähnlichen Liebenswürdigkeiten schnell bei der Hand. Die Landwirte, die mit ihren Produkten zurückhalten und die Industriearbeiter in den Städten dadurch zur Verzweiflung treiben, werden aber recht zärtlich behandelt. Immer höher werden die Preise bemessen, um die Erzeuger zu bewegen, ihre Vorräte zu Märkte zu bringen.

Man braucht sich gegen den Gedanken, daß die hohen Löhne in der Rüstungsindustrie später abgebaut werden, gar nicht zu sperren. Aber vorher müssen die Preise für die Lebensbedürfnisse sehr gründlich herabgesetzt werden. Ob wohl die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ihren Einfluß in der Waagschale werfen wird, um dem unverdächtigsten Lebensmittelwucher zu Leibe zu gehen? Wir möchten es bezweifeln angesichts der nahen Beziehungen, die zwischen den Organisationen der Industrien und der Agrarier bestehen.

Es ist ganz nützlich, daß die Eingabe der Arbeitgeberverbände auf die bevorstehenden schweren Kämpfe hinweist. Wenn nicht zuvor die Preise der Lebensbedürfnisse herabgesetzt sind, werden die Arbeiter den Versuch, die Löhne zu reduzieren, in der Tat den stärksten Widerstand entgegenzusetzen. Der Erfolg dieser Kämpfe wird aber sehr wesentlich von der Stärke unserer Organisationen abhängen. Die Unternehmer haben die Kriegszeit ausgenutzt, um ihre Organisationen nach jeder Richtung zu kräftigen. Mögen auch die Arbeiter darauf achten, daß sich ihre Gewerkschaften den kommenden Stürmen gewachsen zeigen.

Das Hausarbeitsgesetz.

Das Hausarbeitsgesetz vom 20. Dezember 1911 enthält am Schluß in § 34 die Bestimmung, daß die Inkraftsetzung der §§ 3 und 4 durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats erfolgt. Im übrigen ist das Gesetz am 1. April 1912 in Kraft getreten. Die §§ 3 und 4 sind von hervorragender Bedeutung als Schutz der Heimarbeiter vor übermäßiger Ausbeutung. Im § 3 wird vorgegeschrieben, daß in den Räumen, in denen Hausarbeit ausgegeben oder abgenommen wird, den Hausarbeitern durch offene Auslage von Lohnverzeichnissen oder Aushängen von Lohnzetteln die Möglichkeit gegeben sein muß, sich über die für die einzelnen in diesen Räumen zur Ausgabe gelangenden Arbeiten jeweils gezahlten Löhne zu unterrichten. Im folgenden § 4 werden die Unternehmer, die Hausarbeiter beschäftigen, verpflichtet, diesen unentgeltlich Lohnbücher oder Arbeitszettel auszuhandigen, welche Art und Umfang der Arbeit sowie die dafür festgesetzten Löhne oder Preise enthalten.

Diese Bestimmungen enthalten eigentlich Selbstverständlichkeiten, trotzdem ist es dem Widerstand der Unternehmer gelungen, ihre Inkraftsetzung bisher zu hintertreiben. Im März 1916 hat die Generalkommission der Gewerkschaften im Verein mit den anderen Gewerkschaftsorganen, mit dem Bureau für Sozialpolitik, der Gesellschaft für soziale Reform und anderen sozialpolitischen Organisationen eine

Eingabe an den Bundesrat gerichtet, in welcher unter eingehender Begründung die Inkraftsetzung der §§ 3 und 4 des Hausarbeitsgesetzes verlangt und um Erlaß von Ausführungsverordnungen zu § 18 des Gesetzes gebeten wurde, welche unter Abänderung der Ausführungsverordnung vom 18. Juni 1914 die Wahl von Arbeitersekretären in die bildenden Fachauschüsse ermöglichen.

Dem ersten Teil dieser Eingabe ist nunmehr entsprochen worden. Im Reichsgesetzblatt wird die vom 3. Oktober datierte Kaiserliche Verordnung veröffentlicht, nach welcher die §§ 3 und 4 des Hausarbeitsgesetzes mit dem 1. Januar 1918 in Kraft treten. Hoffentlich läßt nun auch die neue Ausführungsverordnung über die Fachauschüsse nicht mehr lange auf sich warten. So bescheiden dieser sozialpolitische Fortschritt auch ist, so ist es doch zu begrüßen, daß die Verordnung nach vorüberdauer des Krieges erlassen wurde. Es steht zu erwarten, daß nach dem Kriege die Hausarbeit noch eine recht große Bedeutung erlangen wird, um so notwendiger ist ein ausreichender Schutz der Hausarbeiter vor ungebührlicher Ausbeutung.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 42. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 704247 Otto Nawroski, Korbm., 31. 12. 77 zu Graudenz.
- 749776 Rich. Neubert, M.-A., geb. 13. 2. 58 zu Krotendorf.
- 773912 Otto Fehlan, Tischler, geb. 18. 10. 90 zu Berlin.
- 700074 Heino Lüdemann, Holzarb., geb. 7. 11. 95 zu Gr.-Flottbeck.

Berlin SO. 10, Am Kölnischen Park 2.

Der Vorstandsvorsitzende.

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

In Banzhen hat der Dresdener Gauvorsteher mit dem Inhaber der Waggonfabrik Busch Verhandlungen geführt. Das Auerbieten, gemeinsame Verhandlungen mit dem Verband der Waggonfabriken zu führen, lehnte Direktor Busch, der dem Vorstand des Verbandes angehört, entschieden ab, da die Behandlung von Arbeiterfragen nicht zu den Aufgaben des Verbandes der Waggonfabriken gehört. Er war jedoch bereit, über die Löhne in seinem Betrieb zu verhandeln. Gegen seinen Wunsch, nicht nur mit den Holzarbeitern allein, sondern zugleich mit allen in Betracht kommenden Gewerkschaftsvertretern zu verhandeln, war natürlich unsererseits nichts einzuwenden. Bei den Holzarbeitern betragen bisher die höchsten Stundenlöhne 65 Pf. Vereinhart wurde nun, daß die Löhne aller gelernten Arbeiter, wozu auch die Stellmacher und die Tischler gehören, 80 Pf. bis 1 M. betragen. Bei den angelernten Arbeitern, zu denen auch die Maschinenarbeiter gehören, betrug bisher der Stundenlohn 60 bis 90 Pf.; er wird durchgängig um 20 Pf. erhöht. Die Teuerungszulage von 65 Pf. pro Tag, die bisher an alle Arbeiter gezahlt wurde, bleibt bestehen. Die Akkordpreise sind bereits im Frühjahr um 20 Prozent erhöht worden. Bei der neuen Regelung wurde ein Unterschied zwischen Kriegsarbeit, bei welcher ohnehin mehr verdient wird, und Friedensarbeit gemacht. Bei ersterer wird zu dem bereits gezahlten Zuschlag ab 1. September ein weiterer von 10 Prozent, insgesamt also 30 Prozent gewährt, der sich spätestens am 1. Januar 1918 auf 35 Prozent erhöht. Bei Friedensarbeit steigt der Zuschlag in der gleichen Weise auf 35 und 40 Prozent. Die bisherige Teuerungszulage von 65 Pf. pro Tag wird auch den Akkordarbeitern weitergezahlt. Durch diesen Vorstoß unserer Kollegen sind auch die Angehörigen der anderen Berufe in den Genuß einer Lohnerhöhung gekommen.

In Krumbach hat der Münchener Gauvorsteher vergeblich versucht, mit den Arbeitgebern zu einer Verständigung über Teuerungszulagen zu kommen. Es fand daher eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss in Donauwörth statt, der eine Entscheidung dahin fällte, daß der Mindeststundenlohn im Holzgewerbe einschließlich Teuerungszulage 75 Pf. beträgt. Obwohl dieser Lohn noch hinter dem Lohn in der niedrigsten Ortsklasse, den die vor dem Kriegsausbruch in Berlin am 8. August getroffene Vereinbarung vorsieht, zurückbleibt, haben die Krumbacher Arbeitgeber die Anerkennung des Schiedspruches abgelehnt. Bei solchen Verhandlungen ist kaum anzunehmen, daß sich viele Holzarbeiter finden werden, die Neigung haben, in Krumbach zu arbeiten.

Aus der Holzindustrie.

Eine internationale Zusammenkunft von Holzarbeiterdelegierten.

Bei Gelegenheit ihrer Anwesenheit auf der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern, zu welcher sie als Vertreter der Gewerkschaften ihres Landes entsandt waren, traten am 3. Oktober die Kollegen F. van der Walle (Amsterdam) vom Niederländischen Möbelerbeiter-Verband, F. Reichmann (Zürich) vom Schweizerischen Holzarbeiter-Verband, Alexander Propper (Budapest) vom Ungarländischen Holzarbeiter-Verband und Th. Leipart (Berlin) vom Deutschen Holzarbeiter-Verband zu einer Sonderbesprechung im Volkshaus zu Bern zusammen. Es handelte sich natürlich nur um einen unverbindlichen Meinungsaustausch zwischen den vier zufällig anwesenden Holzarbeiterdelegierten. Kollege Leipart leitete die Besprechung mit einem kurzen Bericht über die derzeitige Lage der Internationalen Union der Holzarbeiter ein und schilderte zugleich, wie die Verhältnisse im Deutschen Holzarbeiter-Verband sich während des Krieges gestaltet haben. Ähnliche Berichte gaben auch die anderen drei Kollegen aus ihrem Lande, indem sie übereinstimmend hinzufügten, daß es ihr dringender Wunsch sei, die Tätigkeit der Internationalen Union der Holzarbeiter in der bisherigen Weise fortzusetzen. Insbesondere müsse das Bulletin, als ein wertvolles Mittel der gegenseitigen Benachrichtigung und Verständigung

gung, weitererscheinen. Da die Infolge des Krieges stark reduzierten Einnahmen der Union an regelmäßigen Beiträgen die Kosten des Bulletin nicht mehr decken, sollte der internationale Sekretär die angeschlossenen Verbände zur Leistung von Extrabeiträgen auffordern, wozu gewiss alle Verbände bereit sein würden. In der Aussprache wurde ferner auch die Frage des nächsten Internationalen Holzarbeiter-Kongresses verhandelt. Der im Jahre 1914 nach Wien einberufene Kongress mußte bekanntlich des Krieges wegen vertagt werden. Bei der Besprechung in Bern herrschte Einmütigkeit unter den anwesenden Vertretern, daß nach Friedensschluß baldmöglichst ein neuer Internationaler Holzarbeiter-Kongress einzuberufen sei, um die wichtige, bereits für 1914 vorgesehene Tagesordnung zu erledigen und auch zu den neuen Aufgaben, die sich aus den Erfahrungen während des Krieges ergeben haben, Stellung nehmen zu können. Die Delegierten trennten sich mit dem gegenseitigen Versprechen, alles daranzusetzen, um die Internationale Union der Holzarbeiter trotz aller Schwierigkeiten dauernd aufrechtzuerhalten, zum Wohle der organisierten Holzarbeiter in allen Ländern.

Eine Vereinigung der Geschloßkorbhersteller.

In der Sitzung des Vorstandes des Bundes deutscher Korbhersteller, die am 5. Oktober in Berlin abgehalten wurde, machte Herr Bruder Mitteilung von der geplanten Gründung einer Vereinigung der gesamten Geschloßkorbhersteller, welche die Interessen der Lieferanten gegenüber den Behörden und den Arbeitnehmern vertreten soll. Es seien bereits positive Vorschläge gemacht, aber auch Bedenken dagegen geäußert worden. Aus Bayern wollte Herr Bruder ein Schreiben erhalten haben, welches dieses Thema ausführlich behandelt und eine dort bereits bestehende Vereinigung betrifft. Er regte an, daß der Bund der Sache näherzutreten und die Führung übernehmen soll. Zu einem Entschluß kam man nach dem vorliegenden Bericht noch nicht. Man will vorerst weiteres Material sammeln und die Ansichten auswärtiger Kollegen hören.

Was dabei herauskommen wird, läßt sich schwer voraussagen. Es ist aber nahelegend, daß, wenn sich eine Vereinigung der Geschloßkorbhersteller bildet, sie Neigung bekommen wird, die Kriegszeit zu überdauern und sich dann in einen Arbeitgeberverband der Korbhersteller umzuwandeln. Diese Aussicht braucht uns keine Furcht einzujagen. Es ist nur notwendig, daß sich auch die Arbeiter und Arbeiterinnen des Korbherstellergewerbes vollständig dem Deutschen Holzarbeiter-Verband anschließen. Dann haben wir das notwendige Gegengewicht gegen die Übermacht der Unternehmerorganisation.

Jedenfalls dürfen die Arbeiter und Arbeiterinnen des Korbherstellergewerbes den Dingen, die da kommen sollen, nicht gleichgültig gegenüberstehen. Eine straffe Organisation der Unternehmer ist für Arbeiter, die in ihrer Mehrzahl unorganisiert sind, eine ernste Gefahr. Deshalb müssen die auf Schaffung einer umfassenden Organisation der Unternehmer des Korbherstellergewerbes abzielenden Bestrebungen für die Arbeiter dieses Berufs ein Ansporn sein, sich der eigenen Berufsorganisation, dem Deutschen Holzarbeiter-Verband, anzuschließen.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaften im Jahre 1916.

Die Generalkommission veröffentlicht jetzt die Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1916. Aus ihr ergibt sich, daß die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder einen weiteren Rückgang erfahren hat. Am Schluß des zweiten Quartals 1914 hatten die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften 2.482.048 Mitglieder. Diese Zahl verminderte sich auf 1.485.428 am Schluß des Jahres 1914. Ende 1915 waren nur 982.956 Mitglieder vorhanden, und das Jahr 1916 brachte einen weiteren Rückgang auf 934.784. Damit ist aber auch der Tiefstand erreicht. Trotz der noch andauernden Einberufungen ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im laufenden Jahre wieder kräftig gestiegen; am Schluß des zweiten Quartals 1917 waren 1.076.493 Mitglieder vorhanden.

Der größte Teil der Zunahme entfällt auf die weiblichen Mitglieder, aber auch die Zahl der männlichen Gewerkschaftsmitglieder hat im Jahre 1917 eine Steigerung erfahren, und zwar um 37.510 im ersten und um 45.011 im zweiten Quartal. Bedauerlicherweise hat sich von Beginn des Krieges an auch die Zahl der weiblichen Mitglieder vermindert, von 2.140.17 am Schluß des zweiten Quartals 1914 auf 1.699.907 am Ende des Jahres 1915. Von da an datiert der Umschwung. Am Schluß des Jahres 1916 waren 1.070.998 weibliche Mitglieder vorhanden, die in der angegebenen Gesamtzahl enthalten sind, und bis zum Schluß des zweiten Quartals 1917 war die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder auf 256.196 gestiegen, womit der Stand vor dem Kriege beträchtlich überholt ist. Wenn auch dieser Fortschritt recht erfreulich ist, so dürfen wir uns doch nicht verhehlen, daß dieser Zuwachs an weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern der gewaltigen Steigerung der Zahl der erwerbstätigen Frauen bei weitem nicht entspricht. — Die angegebenen Mitgliederzahlen beziehen sich auf 46 Zentralverbände. Nicht mitgezählt sind der Verband der Hausangestellten, der am Jahreschluß 35.2 Mitglieder hatte, und der Landarbeiter-Verband mit 6249 Mitgliedern, darunter 1327 weiblichen.

Zum Jahresdurchschnitt 1916 betrug die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder 955.887. Die größte Gewerkschaft in der Metallarbeiter-Verband mit 255.880 Mitgliedern, dann folgt der Fabrikarbeiter-Verband mit 82.115 und der Bauarbeiter-Verband mit 79.347 Mitgliedern. In vierter Stelle steht der Holzarbeiter-Verband mit 68.713 Mitgliedern. Von größeren Verbänden sind noch zu nennen der Transportarbeiter-Verband mit 64.792, der Textilarbeiter-Verband mit 61.647 und der Bergarbeiter-Verband mit 49.187 Mitgliedern.

Mit dem Rückgang der Mitgliederzahlen haben sich auch die Einnahmen der Gewerkschaften vermindert. Im Jahre 1915 betrug die Gesamteinnahme aller Gewerkschaften

82.005.580 Mt.; im Jahre 1916 war die Einnahme auf 34.027.248 Mt. zurückgegangen. Die Gesamtausgaben verminderten sich von 79.547.272 Mt. im Jahre 1915 auf 30.074.048 Mt. im Jahre 1916. Im Jahre 1915 betrug die Jahreseinnahmen der Gewerkschaften 41.503.227 Mt., die Ausgaben 34.938.864 Mt. Von der Gesamtausgabe des Jahres 1916 entfielen 13.674.663 Mt. auf Unterstüßungen gegen 18.001.753 Mt. im Jahre 1915. Sehr erheblich ist der Rückgang der Arbeitslosenunterstützung, welche im Jahre 1915 noch 3.485.423 Mt., im Jahre 1916 aber nur 1.449.133 Mt. erforderte. Das erklärt sich aus dem starken Arbeiterbedarf der Industrie, der die Arbeitslosigkeit zwar nicht zum Verschwinden gebracht, aber sehr stark einge-dämmt hat.

Dagegen ist trotz der verminderten Gesamtausgabe die Ausgabe für Krankenunterstützung von 2.425.033 Mt. im Jahre 1916 auf 3.864.592 Mt. im Jahre 1915 gestiegen. Das ist ein Umstand, der volle Beachtung verdient. In Friedenszeiten sind gewöhnlich bei starker Arbeitslosigkeit die Ausgaben der Krankenkassen gestiegen, und kurz-sichtige Menschen haben dann gern von Simulation gesprochen. Der Vorwurf war im allgemeinen nicht berechtigt. Die Arbeiter, die den Krankenkassen zur Last fielen, haben keine Krankheit vorgetäuscht, sondern sie hatten gearbeitet, trotzdem sie krank waren; sie benutzten nur die Zeit der Arbeitslosigkeit, um sich zu kurieren. Jetzt würde der gegen die Kranken Arbeiter erhobene Vorwurf der Simulation vollends sinnlos sein. Bei den teuren Lebensmitteln und der großen Spannung zwischen dem Arbeitslohn und den Leistungen der Krankenkassen vermeidet es jeder so lange als irgend möglich, sich krank zu melden. Und trotzdem dieses gewaltige Ansteigen der Krankenzahl, das sich aus der Gewerkschaftsstatistik ergibt, und das in der Statistik der Krankenkassen noch deutlicher in Erscheinung treten wird. Das ist die Wirkung unserer traurigen Ernährungs-verhältnisse. Trotz in der Menge und in der Zusammen-führung ungenügender Ernährung werden die Arbeiter zur höchsten Leistungsfähigkeit angespornt. Das geht eine Zeit-lang, aber dann kommt der Zusammenbruch. Leider muß damit gerechnet werden, daß sich die Verhältnisse auf diesem Gebiet noch weiter verschlechtern werden.

Eine erhebliche Steigerung hat auch die Ausgabe für Streikunterstützung erfahren, von 85.881 Mt. im Jahre 1915 auf 104.952 Mt. im Jahre 1916. Wenn dieser Betrag auch noch weit hinter den Streikkosten zurückbleibt, welche die Gewerkschaften üblicherweise in Friedensjahren aufzubringen hatten, so deutet doch die Steigerung darauf hin, daß die Lohnkämpfe sich zu mehren beginnen. Uebrigens hat unser Holzarbeiter-Verband mit 36.042 Mt. den weit-aus höchsten Betrag für Streikunterstützung aufgewendet.

Das Vermögen der Gewerkschaften hat sich von 87.829.137 Mt. am Schluß des Jahres 1915 auf 65.845.166 Mt. am Schluß des Jahres 1916 vermindert. In diesen Summen fehlt die Angabe für den Metallarbeiter-Verband, der in den letzten Jahren Angaben über seinen Vermögens-bestand nicht mehr veröffentlicht. Im Jahre 1914 verfügte der Metallarbeiter-Verband über ein Vermögen von

16.601.230 Mt. Von den nachgewiesenen Vermögensbestän-den befanden sich 66.981.911 Mt. in den Hauptklassen der Verbände.

Die Statistik der Generalkommission zieht auch die Be-richte der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und der christlichen Gewerkschaften in Betracht. Erstere hatten 57.766, letztere 174.300 Mitglieder. Die wichtigsten Ergebnisse aus den Jahresberichten dieser Organisationen haben wir bereits mitgeteilt. Der Statistiker der General-kommission kommt am Schluß seiner Betrachtungen auf die Mitgliederverluste zu sprechen, die alle drei Gewerkschafts-gruppen erlitten haben, und fährt dann fort: „Wer aus diesem Mitgliederabgang beweisen will, daß die Gewerk-schaften an Bedeutung und wirtschaftlichem Einfluß ver-lorren hätten, verhöhnt diejenigen, die ihre Pflicht gegen-über dem Vaterlande tun, Leben und Gesundheit geopfert haben und noch opfern, um denen Existenz und Kapital-beitz zu sichern, die glauben, bei dem gegenwärtigen Stand der Gewerkschaftsbewegung darauf drängen zu können, die Gewerkschaften von der Mitbestimmung im öffentlichen Leben auszuschließen. Die Situation ist für die Arbeiter-schaft äußerst kritisch. Es machen sich Meinungen geltend, die auch in den Verordnungen der Stellvertretenden Ge-neralkommandos zum Ausdruck kommen, den Gewerkschaften die Tätigkeit zu beschränken oder völlig zu unterbinden. Das ist ein gewagtes Spiel. Wir können dadurch leicht zu Zuständen in Deutschland kommen, die niemand wünscht, der es ernst mit der Wohlfahrt des Landes und des Volkes meint.“

Im Anschluß daran wird auf die Treibereien der Schwerindustriellen gegen das Hilfsdienstgesetz hingewiesen. Diese Herren sind verärgert, weil die Einsetzung der Aus-schüsse, die über die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit be-stimmen, ihren Grundzug vom „Herrn im Hause“ verlegt. Mit Bezug auf diese Treibereien heißt es: „Man gebe sich keiner Täuschung hin über die Folgen, die ein Eingehen auf die Wünsche der Unternehmer seitens der verantwortlichen Stellen in der Reichs- und Staatsverwaltung und im Heere haben muß. Zu den Verhältnissen, wie wir sie in Deutsch-land kurz vor Ausbruch des Krieges hatten, lassen wir uns nicht wieder zurückdrängen.“

Die Bemühungen der Unternehmer der Schwerindustrie, den Einfluß der Gewerkschaften im öffentlichen Leben zu-rückzudrängen, sind erst recht angefaßt worden durch die Stellungnahme der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände für die Friedensresolution des Reichstages, die gerade von den Unternehmern der Schwerindustrie auf das schärfste bekämpft wird. Der Gegensatz zwischen den Gewerkschaften und ihren ärgsten Widersachern treibt zum Konflikt. Im Hinblick darauf heißt es zum Schluß: „Der Kampf muß und wird ausgefochten werden. War Kleinmut auch in den schwersten Zeiten bei den Gewerkschaften nicht zu finden, um so weniger heute, wo wir bei der beginnenden Auf-wärtsbewegung mit neuer Hoffnung für den Erfolg unseres Bestrebens erfüllt werden. Möge der Kampf ums Recht ohne innere Erschütterungen unseres Bundes zum Abschluß kommen.“

Arbeitslosigkeit im Monat September 1917.

| Gau | Stellen haben berichtet | Mitglieder am Schluß des Monats | Arbeitslose Mitglieder am Orte | | | | Unterstützung am letzten Tage des Monats | Unterstützung haben erhalten | | | | | | | | |
|----------------|-------------------------------|---|-----------------------------------|------------------------------|-----------------|------------------------------------|---|------------------------------|------|------|-----|---------------------------|------|-----|-----|----|
| | | | vom vorigen Monat | Zugang L. diesem Monat | Gesamt- zahl | am letzten Tage d. Monats | | Arbeitslose am Orte | | | | Arbeitslose auf der Reise | | | | |
| | | | | | | | | Mitgl. | Tage | Mt. | Pf. | Mitgl. | Tage | Mt. | Pf. | |
| Danzig | 32 | 2209 | — | 2 | 2 | 2 | 1 | 11 | 5 | 50 | 1 | 3 | 3 | — | 1 | |
| Stettin | 32 | 1530 | — | 3 | 3 | — | — | — | — | — | 2 | 5 | 5 | — | — | |
| Breslau | 41 | 3720 | 17 | 42 | 59 | 10 | 10 | 107 | 170 | 86 | 10 | 24 | 18 | — | 2 | |
| Berlin | 85 | 15754 | 203 | 820 | 1023 | 198 | — | 115 | 845 | 1331 | 19 | 57 | 57 | — | 1 | |
| Dresden | 53 | 8574 | 11 | 39 | 50 | 10 | — | 14 | 142 | 197 | 5 | 11 | 11 | — | 1 | |
| Leipzig | 54 | 9790 | 83 | 174 | 257 | 84 | — | 22 | 253 | 257 | 4 | 8 | 8 | — | — | |
| Erfurt | 68 | 4111 | 10 | 19 | 29 | 15 | 1 | 2 | 20 | 33 | 3 | 8 | 8 | — | 7 | |
| Magdeburg | 33 | 3947 | 4 | 12 | 16 | 3 | — | 2 | 30 | 50 | 6 | 12 | 12 | — | 1 | |
| Hamburg | 59 | 9677 | 42 | 270 | 312 | 30 | — | 34 | 249 | 1454 | 10 | 26 | 26 | — | 2 | |
| Hannover | 38 | 3899 | 2 | 60 | 62 | 2 | — | 2 | 30 | 24 | 3 | 5 | 5 | — | 2 | |
| Hildesheim | 47 | 3970 | 2 | 18 | 20 | — | — | 4 | 35 | 42 | 5 | 14 | 12 | — | — | |
| Frankfurt | 54 | 4463 | 4 | 18 | 22 | 3 | — | 3 | 30 | 50 | — | — | — | — | 1 | |
| München | 49 | 6464 | 43 | 13 | 56 | 51 | — | 11 | 117 | 118 | 2 | 6 | 6 | — | 3 | |
| München | 31 | 4159 | 5 | 42 | 47 | 7 | — | 6 | 35 | 56 | 6 | 19 | 19 | — | — | |
| Stuttgart | 68 | 5250 | 5 | 4 | 9 | 4 | — | 1 | 18 | 30 | 7 | 18 | 18 | — | 3 | |
| Hauptkasse | — | 176 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | |
| September 1917 | 742 | 87693 | 431 | 1536 | 1967 | 419 | 1 | 227 | 1922 | 3821 | 97 | 83 | 216 | 208 | — | 24 |
| August | 744 | 84986 | 454 | 1597 | 2051 | 432 | 2 | 206 | 1748 | 2750 | 44 | 94 | 246 | 246 | — | 19 |
| Juli | 737 | 78953 | 460 | 1452 | 1912 | 455 | 3 | 172 | 1779 | 2479 | 89 | 120 | 269 | 272 | 30 | 25 |
| Juni | 738 | 77386 | 474 | 1395 | 1869 | 455 | 1 | 166 | 1624 | 2283 | 85 | 138 | 315 | 298 | 90 | 25 |
| Mai | 731 | 76073 | 567 | 1434 | 2001 | 474 | 2 | 199 | 1770 | 2403 | 74 | 69 | 177 | 164 | 50 | 29 |
| April | 734 | 74024 | 606 | 1524 | 2130 | 567 | 9 | 242 | 2374 | 3419 | 97 | 75 | 187 | 177 | 45 | 26 |
| März | 740 | 72771 | 670 | 1806 | 2476 | 608 | 2 | 383 | 3837 | 6352 | 81 | 122 | 305 | 328 | 25 | 27 |
| Februar | 754 | 70734 | 708 | 2163 | 2871 | 671 | 4 | 511 | 4627 | 6158 | 99 | 102 | 242 | 242 | — | 17 |
| Januar | 755 | 68077 | 680 | 2082 | 2772 | 712 | 4 | 388 | 2970 | 3974 | 82 | 95 | 227 | 230 | 70 | 19 |
| Dezember 1916 | 776 | 68770 | 596 | 1672 | 2268 | 680 | 13 | 290 | 2922 | 3745 | 83 | 133 | 287 | 274 | 50 | 17 |
| November | 778 | 68163 | 650 | 1904 | 2554 | 596 | 3 | 274 | 2751 | 3655 | 87 | 118 | 263 | 257 | 70 | 5 |
| Oktober | 768 | 68148 | 688 | 2277 | 2965 | 650 | 8 | 282 | 2288 | 2786 | 91 | 136 | 442 | 422 | 20 | 15 |
| September | 764 | 68315 | 741 | 2132 | 2873 | 698 | 11 | 321 | 3377 | 4099 | 73 | 264 | 599 | 560 | 65 | 26 |

Aus nachstehend angeführten Zahlstellen wurde ein Bericht nicht eingesandt: Rummelsburg — Rawitsch, Ziegenhals — Jossen — Großharmanndorf — Apolda, Eisfeld, Giechbüchel, Hildburghausen, Lauscha, Schalkau, Themar — Wittenberg — Gutin, Neumünster — Meining, Stadthagen — Kreuznach — Cadolzburg, Regensburg, Schudenlohe — Konstanz, Schwemlingen, Billigen.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

| | Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats | | | | | | Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am letzten Tage | | | | | | |
|-----------|--|-------|-------|-------|-------|------|---|------|-------|-------|-------|------|------|
| | 1912 | 1913 | 1914 | 1915 | 1916 | 1917 | 1912 | 1913 | 1914 | 1915 | 1916 | 1917 | |
| Januar | 7843 | 8454 | 14447 | 14832 | 16000 | 712 | Januar | 4,20 | 4,57 | 7,79 | 13,38 | 2,10 | 1,75 |
| Februar | 6823 | 8390 | 11211 | 10274 | 1511 | 671 | Februar | 3,42 | 4,34 | 5,29 | 9,54 | 2,19 | 0,95 |
| März | 4890 | 8513 | 9099 | 6521 | 1182 | 638 | März | 2,61 | 4,42 | 4,77 | 6,59 | 1,72 | 0,81 |
| April | 5601 | 8351 | 7410 | 5257 | 1137 | 567 | April | 2,99 | 4,63 | 3,23 | 5,57 | 1,69 | 0,77 |
| Mai | 5587 | 9263 | 7211 | 4435 | 1214 | 474 | Mai | 2,88 | 4,80 | 3,20 | 4,82 | 1,75 | 0,68 |
| Juni | 4049 | 9683 | 7282 | 3864 | 1637 | 465 | Juni | 2,61 | 4,26 | 3,84 | 4,72 | 1,59 | 0,69 |
| Juli | 3882 | 8986 | 6766 | 3146 | 877 | 453 | Juli | 2,04 | 4,08 | 3,79 | 3,70 | 1,26 | 0,58 |
| August | 5151 | 6917 | 45350 | 2803 | 744 | 432 | August | 1,65 | 3,58 | 32,80 | 3,18 | 1,68 | 0,61 |
| September | 5206 | 7540 | 36268 | 2106 | 698 | 419 | September | 2,22 | 3,92 | 27,35 | 2,11 | 1,69 | 0,68 |
| Oktober | 5510 | 9593 | 19244 | 1708 | 650 | — | Oktober | 2,35 | 5,24 | 23,91 | 2,32 | 0,91 | — |
| November | 6768 | 10725 | 22482 | 1650 | 596 | — | November | 3,59 | 5,64 | 18,91 | 2,30 | 0,88 | — |
| Dezember | 12125 | 20779 | 20516 | 1982 | 680 | — | Dezember | 6,78 | 11,00 | 17,95 | 2,80 | 0,91 | — |

Die Lehrlingsfrage im Bäckergewerbe.

Während in den meisten Gewerben über einen Mangel an Lehrlingen geklagt wird, herrscht im Bäckergewerbe ein Andrang, der zu ernstlichen Bedenken Anlaß gibt.

In seiner Antwort sagt der Innungsvorstand, daß er sich den vorgebrachten Bedenken nicht ganz verschließen kann, er hält aber die jetzige Kriegszeit für verflüchtigt.

Soziale Rechtspflege.

Erhöhung des Krankengeldes.

Die Teuerung der Lebensbedürfnisse läßt eine Erhöhung der von den Krankenkassen gewährten Unterstützungen wünschenswert erscheinen.

Das Reichsversicherungsamt hat durch eine Entscheidung vom 23. Juni 1917 diese Satzungsänderung für ungültig erklärt.

Gingefandt.

Einige Worte an die Leipziger Mitglieder.

In den nächsten Tagen wollen die Leipziger Holzarbeiter entscheiden, ob die Zahlstelle Leipzig aus dem örtlichen Gewerkschaftskartell nach langjähriger Mitarbeit aussteigen oder weiter angehören soll.

Was ist eigentlich geschehen, daß jetzt inmitten der Wirren ein Beschluß gefaßt werden soll, der gegenüber den wählbewegenden Fragen recht unzeitgemäß erscheint.

Warum denn diese Eile? Glauben die Antragsteller, daß ein örtliches Gewerkschaftskartell, mag es zusammengefallen sein wie es will, niemals in der Lage ist, Probleme wie die Ernährungsfrage zugunsten der Leipziger Arbeiterschaft zu lösen?

Oder waren die Vertreter des Kartells ihrer Aufgabe nicht gewachsen, verfielen die Delegierten der Holzarbeiter, der Gewerkschaften, ist Grund vorhanden, mit den vom Kartell angestellten Sekretären unzufrieden zu sein?

Liegt nicht eine maßlose Torheit in dem Beginnen, das wertvolle Uhrwerk zu zerstückeln, nur weil die Zeiger oder das Zifferblatt nicht in Ordnung sind?

Verärgerung und Verbitterung, zu Unrecht erlittene Kränkung, vorgefaßte Meinung, Rechnungsträgerei und „Nach-dem-Munde-Reden“ haben sich recht wenig zu verlässlicher Beratung geeignet.

Ihr Kollegen und Kolleginnen in Leipzig, ihr habt die Pflicht, nachzuprüfen, ob das, was man euch vorlegt, auch nur immer im Interesse der Organisation und damit in eurem liegt.

Und wir, die wir jetzt nicht in der Lage sind, mit entscheiden zu können, empfinden das Vorgehen der Antragsteller als Verformung.

Wir müssen auch jeden als falschen Freund der Organisation bezeichnen, der versucht, in der gegenwärtigen Situation Vorteile für sich herauszuschlagen, sei es in irgendwelcher Richtung.

Der Antrag auf Austritt aus dem Kartell gehört vor die Gesamtheit der Leipziger Mitglieder.

Legen wir uns zum Schluß die drei Fragen nochmals vor: 1. Was ist geschehen, um den Austritt der Leipziger Holzarbeiter aus dem Gewerkschaftskartell zu veranlassen?

Und wer das ABC der Arbeiterbewegung in der Zusammenfassung aller Kräfte, auch wenn sie verschiedener Meinung sein sollten, erkennt und nicht in der Zerstückelung von Tagesmeinungen, mitunter recht unüberdauter und unverständlicher Gedankengänge, der sollte für die Antwort eintreten.

Dr. Stephan, zurzeit im Felde.

Literarisches.

„In Freien Stunden“, die von der Buchhandlung Barwärts, Berlin SW. 68, herausgegebene Romanbibliothek für das arbeitende Volk, hat nun bereits ihr drittes Lebensjahrzehnt angetreten.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

Table with financial data: Einnahmen (Income) and Ausgaben (Expenses) for the 2nd quarter of 1917. Includes items like Barer Bestand, Zinsen, Beiträge, and various medical costs.

Table showing the balance sheet (Vermögensausweis) at the end of the 2nd quarter of 1917, including Barer Bestand, Belegte Kapitalien, and Gesamtvermögen.

Der Vorstand. J. A. H. Hudt, Hauptkassierer. Vorstehender Rechnungsabluß ist von uns geprüft und mit Büchern und Belegen übereinstimmend befunden.

Der Aufsichtsrat. J. A. A. Knöchel, Obmann.

Advertisement for 'Geübene Mitglieder' (Experienced Members) listing names and addresses of various craftsmen like Tischler, Drechsler, and Tischlergesellen.

Advertisement for '1 Rotations-Kistendruckmaschine' (1 Rotary Box Printing Machine) and 'Tischlerfachschule Detmold' (Carpenter School Detmold).

Advertisement for 'Ablhefte für Sattler gesucht' (Saddler's booklets sought) by F. Behring, Wesel.

Advertisement for 'Werkzeug-Neuheiten' (Tool Newcomers) by Otto Bergmann, Berlin SO., Oppolnerstr. 31.

Table titled 'Baritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe' (Baritarian Work Certificates in German Wood Industry) showing weekly reports from Oct 6 to Oct 12, 1917, with columns for location and various work categories.